

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	XLI

A. Einleitung

1. Staat und Recht	2
Der Staat	2
Staat als Form politischer Herrschaft	3
Staatsgewalt, Staatsvolk, Staatsgebiet	5
Staat und Gesellschaft	8
Recht und Gerechtigkeit	9
Privatrecht und öffentliches Recht	11
2. Die Verfassung	12
Verfassung und Verfassungsrecht	12
Verfassungsgebung	14
Geltungsgrund (Legitimität) der Verfassung	15
Verfassungspolitik	16
Entwicklung des Verfassungsstaates	17
Verfassungslehre, Staatsrechtslehre	20
3. Das Verfassungsrecht	22
Die Verfassung als bindende Norm und Maßstab für die Politik und die Ausübung öffentlicher Gewalt	22
Auslegung des Verfassungsgesetzes	23
Grundsätze der Verfassungaueslegung	24
Fortbildung der Verfassung durch die Staatspraxis und die ge- richtliche Rechtsfortbildung	26
Die Staatsrechtslehre	27
4. Entstehung des Grundgesetzes und Gründung der Bundesre- publik Deutschland	28
Vorgeschichte	28
„Grundgesetz“ statt „Verfassung“	30
„Parlamentarischer Rat“ statt „Verfassungsgebende Versammlung“	31
Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent	32
Der Parlamentarische Rat	32
Annahme und Inkrafttreten des Grundgesetzes	33
5. Verfassungsgeschichte	34
Deutsche Verfassungsgeschichte	34
Die Verfassungsgebung in der März-Revolution	35
Die Bismarck'sche Reichsverfassung	37
Die Weimarer Reichsverfassung	38

Inhaltsübersicht

	Seite
6. Die auswärtige Gewalt und die internationalen Beziehungen	447
7. Die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa	468
E. Die Staatsorgane	509
1. Parlamentarismus und parlamentarische Demokratie	518
2. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	538
3. Der Bundestag	545
4. Der Bundesrat	576
5. Der Bundespräsident	586
6. Die Bundesregierung	598
F. Gesetzgebung	615
1. Das Gesetz	623
2. Gesetz und Verordnung	634
3. Gesetzgebung im Bundesstaat	642
4. Der Gang der Bundesgesetzgebung	653
5. Die verfassungsändernde Gesetzgebung	663
G. Vollziehung	669
1. Staatsaufgaben und Verwaltungszwecke	677
2. Verwaltung und Verwaltungsrecht	689
3. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Verwaltung.....	699
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	705
5. Die Bundesverwaltung	714
6. Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	738
7. Die Gemeinschaftsaufgaben	751
H. Rechtsprechung	757
1. Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut	762
2. Die rechtsprechende Gewalt wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt	769
3. Die Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens	773
4. Rechtsprechung und Rechtsgang	789
5. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	798
I. Finanzwesen und Hauswirtschaft	825
1. Staatsaufgaben und Staatsfinanzen	835
2. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand	838
3. Die Finanzverfassung	872
4. Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft	898

Inhaltsübersicht

	Seite
K. Verteidigungsfall	943
1. Krieg und Frieden	946
2. Die Staatsorganisation im Verteidigungsfall	951
3. Die Ausübung der Staatsgewalt	953
L. Übergangs- und Schlußbestimmungen	957
1. Bedeutung und Inhalt des XI. Abschnitts	968
2. Kriegsfolgen und Nachkriegszeit	971
3. Die Staatsangehörigkeit	991
4. Das Staatskirchenrecht	1003
Anhang: Änderungstabelle zum Grundgesetz	1037
Stichwortverzeichnis	1043

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	XLI

A. Einleitung

1. Staat und Recht	2
Der Staat	2
Staat als Form politischer Herrschaft	3
Staatsgewalt, Staatsvolk, Staatsgebiet	5
Staat und Gesellschaft	8
Recht und Gerechtigkeit	9
Privatrecht und öffentliches Recht	11
2. Die Verfassung	12
Verfassung und Verfassungsrecht	12
Verfassungsgebung	14
Geltungsgrund (Legitimität) der Verfassung	15
Verfassungspolitik	16
Entwicklung des Verfassungsstaates	17
Verfassungslehre, Staatsrechtslehre	20
3. Das Verfassungsrecht	22
Die Verfassung als bindende Norm und Maßstab für die Politik und die Ausübung öffentlicher Gewalt	22
Auslegung des Verfassungsgesetzes	23
Grundsätze der Verfassungenauslegung	24
Fortbildung der Verfassung durch die Staatspraxis und die ge- richtliche Rechtsfortbildung	26
Die Staatsrechtslehre	27
4. Entstehung des Grundgesetzes und Gründung der Bundesre- publik Deutschland	28
Vorgeschichte	28
„Grundgesetz“ statt „Verfassung“	30
„Parlamentarischer Rat“ statt „Verfassungsgebende Versammlung“	31
Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent	32
Der Parlamentarische Rat	32
Annahme und Inkrafttreten des Grundgesetzes	33
5. Verfassungsgeschichte	34
Deutsche Verfassungsgeschichte	34
Die Verfassungsgebung in der März-Revolution	35
Die Bismarck'sche Reichsverfassung	37
Die Weimarer Reichsverfassung	38

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Dritte Reich	39
Zusammenbruch und Besatzungszeit	41
Die neuen Länder und ihre Verfassungen	42
Das Ende der Besatzungszeit	44
Die Bundesrepublik Deutschland	45
Die Deutsche Demokratische Republik	46
6. Verfassungsentwicklung seit 1949	49
Politische Entwicklung und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland	49
Die Verfassungsänderungen	53
Verfassungsreform	55
Die Verfassung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert	59
7. Die Wiedervereinigung Deutschlands	61
a) Die deutsche Frage	61
Untergang des Deutschen Reiches?	61
Das Wiedervereinigungsgebot als Staatsziel und Verfassungsauftrag	62
Die neue „Ostpolitik“ seit 1969	63
Die beiden deutschen Staaten 1949 bis 1990	65
Berlin	65
b) Die Herstellung der deutschen Einheit	67
Beitritt der DDR nach Art. 23 Satz 2 a. F. GG oder Neukonstituierung der Staats- und Verfassungsordnung nach Art. 146 a. F. GG?	67
Der Staatsvertrag und der Einigungsvertrag	68
Die Beendigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland	70
Die Vollendung der Einheit Deutschlands und die Herstellung der Rechtseinheit	71
Die neuen Bundesländer	73
Die ersten gesamtdeutschen Wahlen	74
Beitritt der DDR und Europäische Gemeinschaften	75
Die ehemals deutschen Ostgebiete	76

B. Präambel

Präambeln in einer Verfassung	81
Rechtliche Bedeutung	82
Selbstinterpretation, Bekenntnis und Verheißungen	83

C. Die Grundrechte

1. Der Schutz der Freiheit durch Grundrechte	93
Die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte	93
Objektives Recht und individuelle Rechte	94

	Seite
Freiheit und Teilhabe	95
Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht	96
Das subjektiv öffentliche Recht	96
Die Grundrechte in der Geschichte des Verfassungsstaates	98
Grundrechte in der deutschen Verfassungsgeschichte	99
Weimarer Reichsverfassung: Die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen	100
„Soziale Grundrechte“	102
Grundrechte im internationalen Recht	103
Die Europäische Menschenrechtskonvention	104
2. Grundlinien der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung	107
Menschenrechte und Bürgerrechte	107
Grundrechte juristischer Personen	108
Grundrechte des Staates oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften?	110
Ausländerrecht	112
Inhalte grundrechtlicher Gewährleistungen	115
Schutz-, Gewährleistungs- und Ordnungsfunktion der Grundrechte	116
Rechtliche Wirkung der Grundrechte	118
Vorbehalt des Gesetzes für „wesentliche“ Regelungen	121
Die Garantie von Rechtseinrichtungen	122
Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	123
Grundrechtliche Schutzpflichten	125
Privatrechtsgestaltende Wirkung (Drittwirkung) von Grundrechten	128
Kodifikatorische Wirkung einzelner Grundrechte	130
Einschränkbarkeit der Grundrechte durch Gesetz	131
Schranken der Grundrechtsausübung	133
Der Schutz des Wesensgehalts eines Grundrechts	134
Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	135
Verwirkung von Grundrechten	137
Das Petitionsrecht	137
Die Verfassungsbeschwerde	138
3. Die persönliche Freiheit und Integrität	138
Die Würde des Menschen ist unantastbar	138
Die freie Entfaltung der Persönlichkeit	142
Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	142
Der Schutz der Intimsphäre und der Privatheit	146
Datenschutz	148
Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit	152
Der Schutz des ungeborenen Lebens	155
Die Freiheit der Person	157
Voraussetzungen der Freiheitsentziehung	158
Unverletzlichkeit der Wohnung	159

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	162
Verbot von Ausbürgerung und Auslieferung	170
4. Gleichheit und Willkürverbot	172
Der allgemeine Gleichheitssatz	172
Das Willkürverbot	173
Das Gebot der Gleichbehandlung	175
Besondere Differenzierungsverbote	175
Die Gleichberechtigung von Mann und Frau	178
Durchsetzung der Gleichberechtigung und Beseitigung bestehen- der Nachteile	182
Die Gleichstellung der unehelichen Kinder	185
Die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten	187
Öffentlicher Dienst	187
Lastengleichheit	189
5. Ehe und Familie	189
Der Schutz von Ehe und Familie	189
Die Freiheit der Eheschließung	195
Das Erziehungsrecht der Eltern	195
Der Schutz der Mutter	198
6. Glaubens- und Gewissensfreiheit	199
Die Religionsfreiheit	199
Die Freiheit der Weltanschauung	204
Die Gewissensfreiheit	204
Das Recht der Kriegsdienstverweigerung	206
7. Die Freiheit der Meinung	207
Die Meinungsfreiheit	207
Die Informationsfreiheit	212
Die Versammlungsfreiheit	213
Die Vereinigungsfreiheit	217
8. Pressefreiheit und andere Medienfreiheiten	219
Medien und Medienrecht	219
Die Pressefreiheit	226
Die Rundfunkfreiheit	230
Das duale Rundfunksystem	235
Die Filmfreiheit	239
Das Zensurverbot	240
9. Schule und Bildung, Wissenschaft und Kunst	241
Die staatliche Schulaufsicht	241
Landespolitik im Schulwesen	243
Die Privatschulfreiheit	244
Recht auf Bildung?	247
Die freie Wahl der Ausbildungsstätte	248
Numerus clausus	248

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Wissenschaftsfreiheit	250
Die Kunstfreiheit	253
10. Die Grundrechte der wirtschaftlichen Freiheit	256
Berufsfreiheit	256
Unternehmensfreiheit	262
Vertragsfreiheit	264
Allgemeine Wirtschaftsfreiheit	265
Eigentumsgarantie	265
Sozialgebundenheit des Grundeigentums	271
Enteignung	273
Sozialisierung	276
Erbrecht	276
Vereinigungsfreiheit	278
Freizügigkeit	280
Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes?	281
11. Freiheit von Arbeit und Beruf	283
Die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes	283
Recht auf Arbeit?	284
Angemessene Arbeitsbedingungen	285
Gleichbehandlungsgrundsatz und Diskriminierungsverbote	286
Gleichberechtigung von Mann und Frau	287
Sozialstaatsatz	288
12. Grundgesetz und kollektives Arbeitsrecht	289
Die Koalitionsfreiheit	289
Koalitionen und deren Organisations- und Betätigungsfreiheit	292
Die Tarifaufonomie und der Arbeitskampf	293
Arbeitskampfrecht	297
Betriebsverfassung	299
13. Die politische Freiheit	301
Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	301
Wahlrecht	304
Asylrecht	304
Das neugefaßte Grundrecht auf Asyl	308
Asylverfahren, Rechtsschutz	310
14. Die allgemeine Handlungsfreiheit	311
Das „Auffanggrundrecht“ des Art. 2 Abs. 1 GG	311
Die Schranken des Grundrechts	311
Die innere Einheit und Vielfalt der Grundrechte	312

D. Der Bund und die Länder

1. Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	324
a) Staatsform und verfassungsgestaltende Grundentscheidungen ..	324
Staatsform	324
Das Grundgesetz ist kein bloßes Organisationsstatut	324

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	325
„Streitbare Demokratie“	325
Das Recht zum Widerstand	326
b) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie	327
Volkssouveränität	327
Freiheit und Gleichheit	328
Das Mehrheitsprinzip	328
Pluralismus	329
Repräsentative und plebiszitäre Demokratie	330
Parlamentarische Demokratie	332
Wahlen und Abstimmungen	333
Die politischen Parteien	334
Bürgerinitiativen und andere Erscheinungsformen der Partizipationsdemokratie	335
Politische Selbstverwaltung	336
Die organisierten Interessen	336
Die öffentliche Meinung	338
Demokratie als Organisation politischer Herrschaft	338
„Wirtschaftsdemokratie“	339
c) Parteien in der Demokratie	340
Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien	340
Das Parteiengesetz	342
Finanzen der Parteien und staatliche Parteienfinanzierung	343
Rechenschaftspflicht	346
Parteienverbot	348
„Parteienstaat“	350
d) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Republik	351
Republik und Monarchie	351
Die republikanische Staatsform im Grundgesetz	352
e) Staatssymbole	352
Bundesflagge	352
Bundeswappen	353
Bundeshauptstadt	354
Nationalhymne	354
2. Die Staatsaufgaben	355
a) Der Staatszweck und die Aufgaben des Staates	355
„Rechtfertigung“ des Staates: Der Staatszweck	355
Die politischen und sozialen Aufgaben des Staates heute	356
Die Vollmacht des Gesetzgebers	357
b) Der Sozialstaatsatz	358
Die soziale Staatsaufgabe	358
Verfassungsrechtliche Bindungskraft der Sozialstaatsklausel	359
Sozialstaatliche Rechte?	360
Wirtschafts- und Arbeitsverfassung	361
Sozialstaat und Wirtschaftswachstum	362
Der Mitbestimmungsgedanke	363

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Die Staatsaufgaben im Grundgesetz	364
Staatsaufgaben des Bundes und der Länder	364
Staatszielbestimmungen	365
Gesetzgebungsaufträge	366
Staatsziel Umweltschutz	367
3. Das Rechtsstaatsprinzip	369
a) Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat	369
Das Verfassungsprinzip des sozialen Rechtsstaats	369
Die rechtsstaatlichen Verfassungsgrundsätze und ihr innerer Zusammenhang	370
b) Die Gewaltenteilung	370
Geschichtliche und ideelle Grundlage	370
Verwirklichung im Grundgesetz	373
c) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung	374
Der rechtsstaatliche Gesetzesbegriff	374
Die verfassungsmäßige Ordnung	374
Der Stufenbau der Rechtsordnung	375
Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit des Freiheitseingriffs durch Gesetz (Übermaßverbot)	376
Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	377
d) Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	379
Gesetz und Verwaltung	379
Der Vorrang des Gesetzes	381
Der Vorbehalt des Gesetzes	381
Gesetzesvorbehalt in der Leistungsverwaltung?	383
Rechtsetzung durch die Exekutive	383
e) Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht	384
Rechtsgebundenheit der Rechtsprechung	384
Richterliche Rechtsbildung und Rechtsfortbildung	384
Maßstabsabhängigkeit der richterlichen Entscheidung	387
Richterliche Überprüfbarkeit des Ermessens und der Gestaltungsfreiheit der Verwaltung	387
f) Staatshaftung und Entschädigung	388
Rechtsstaatliche Verantwortlichkeit des Staates und sonstiger Verwaltungsträger	388
Von der Beamtenhaftung zur Staatshaftung	389
Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung	390
Aufopferung und Entschädigung	391
Das gescheiterte Staatshaftungsgesetz	393
Reform der Staatshaftung	393
4. Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat	395
a) Bundesstaat und Föderalismus	395
Historische und ideelle Grundlagen	395
Staatsrechtliche Verwirklichung des Föderalismus: Der Bundesstaat	397

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gebietseinteilung, Neugliederung	400
Die neuen Bundesländer	402
b) Die Verfassungsautonomie der Länder und das Landesverfassungsrecht	403
Verfassungsautonomie	403
Landesverfassungsrecht	404
Die Verfassungsgebung in den neuen Bundesländern	405
Landesverfassungsgerichtsbarkeit	406
c) Grundlinien der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	407
Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder	407
„Materie“ als Kriterium kompetenzrechtlicher Zuordnung	408
Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	409
Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	409
Auswärtige Beziehungen	410
Bundesstaat und Europäische Union	410
d) Die Rechts- und Wirtschaftseinheit im Bundesstaat	412
Rechts- und Amtshilfe	412
Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit	413
Handelsflotte	413
e) Die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder	414
Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens	414
Bundeszwang	415
Bundesaufsicht	415
Gewährleistungspflicht des Bundes für die verfassungsmäßige Ordnung der Länder	415
Einzelregelungen bundesstaatlicher Rechte und Pflichten	415
Vereinbarungen von Bund und Ländern	416
f) Die kommunale Selbstverwaltung	418
Die verfassungsrechtliche Gewährleistung	418
Die Gemeinde und das Gemeinderecht	420
Die Landkreise	421
Selbstverwaltung und Autonomie in den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	422
Kommunale Daseinsvorsorge	424
Wirtschaftliche Betätigung und Wirtschaftsförderung	426
Kommunale Planungshoheit	428
Kommunale Finanzhoheit	429
Die kommunale Verfassungsbeschwerde	430
Die Gemeindereform	431
5. Der öffentliche Dienst	432
a) Das Berufsbeamtentum	432
Die verfassungsrechtliche Garantie	432
Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	435
Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	436
Rechte und Pflichten des Beamten	437

	Seite
Die Pflicht des Beamten zur Verfassungstreue	439
Parlamentarische Inkompatibilität	440
Art. 131 GG	441
Beamte, Richter, Soldaten	442
b) Beamtenrecht im Bundesstaat	443
Die Gesetzgebung über das Recht der Bundesbeamten und der Beamten der Länder	443
Das föderative Prinzip in der Personalpolitik der obersten Bundesbehörden	444
Die Überleitung der DDR-Dienstverhältnisse	444
c) Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst	445
Beamtenrecht und öffentliches Dienstrecht	445
Das Dienstverhältnis	446
d) Personalvertretung	447
Mitbestimmung in der Dienststelle	447
6. Die auswärtige Gewalt und die internationalen Beziehungen ...	447
a) Außenpolitik und Verfassung	447
Die auswärtige Gewalt	447
Außenpolitik ist Sache des Bundes	449
Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	449
b) Völkerrecht und nationales Recht	450
Das Völkerrecht und seine Rechtsquellen	450
Dualismus von Völkerrecht und nationalem Recht; Transformation	451
Verhältnis der inkorporierten Regeln zum nationalen Recht	453
c) Bündnisse und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	454
Grundgedanke des Art. 24 GG	454
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	455
Verteidigungspolitische Integration	456
Schiedsgerichtsbarkeit	457
d) Völkerrechtliche Verträge	458
Begriff des völkerrechtlichen Vertrages	458
Vertragsschließungsverfahren	458
Transformation in nationales Recht	459
Verträge mit der ehemaligen DDR	460
e) Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Verkehr	460
Vertretungsmacht des Bundespräsidenten	460
Vertretungspraxis	461
f) Kriegsverhütung und Friedenssicherung	461
Grundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Völker	461
Kontrolle des Kriegswaffenhandels	462
g) Bund und Länder im völkerrechtlichen Verkehr	462
Anhörungsrecht zugunsten der Länder	462
Eigene außenpolitische Beziehungen der Länder	462
Das Lindauer Abkommen	464

Inhaltsverzeichnis

	Seite
h) Verfassungsgerichtliche Justiziabilität der auswärtigen Gewalt	464
Theorie der Regierungsakte	464
Bindung des deutschen Richters an Akte der deutschen auswärtigen Gewalt?	465
Überprüfung der Akte fremder Staaten	465
Praxis der gerichtlichen Kontrolle	466
Einstweilige Anordnung	467
Normenqualifikationsverfahren	467
7. Die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa	468
a) Die Übertragung von Hoheitsrechten	468
Die „supranationale“ Öffnung des Grundgesetzes	468
Der Europa-Artikel (Art. 23 GG)	470
Grenzen eines möglichen Hoheitsverzichts	473
b) Die Europäischen Gemeinschaften und das Europarecht	475
Die Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: die Gemeinschaftsverträge	475
Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	478
Assoziierung, Außenbeziehungen	482
Der Gemeinsame Markt, der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion	483
Insbesondere der Agrarmarkt	485
Die Gemeinschaften und ihre Organe	487
Der Europäische Gerichtshof	489
Das Gemeinschaftsrecht	492
Das Gemeinschaftsrecht und die Grundrechte	495
Die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip	500
Politische Union	503
c) Der Europarat	506
Der Europarat und die Europäische Menschenrechtskonvention	506
Die Europäische Sozialcharta	506

E. Die Staatsorgane

1. Parlamentarismus und parlamentarische Demokratie	518
a) Der Bundestag als Volksvertretung	518
Legitimation durch Wahlen	518
Die Aufgabe der parlamentarischen Volksvertretung	519
b) Das Wahlrecht	520
Wahlrechtsgrundsätze	520
Wahlsysteme	522
Aktives und passives Wahlrecht	523
Das Bundeswahlgesetz	526
Wahlverfahren	527

	Seite
Parteien im Wahlverfahren	530
Die 5%-Klausel	531
c) Repräsentation durch das Parlament	532
Parlamentarismus	532
Repräsentation	533
Plebiszitäre Ergänzungen der parlamentarischen Repräsentation	534
2. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	538
a) Die Verfassungsorgane	538
Staats- und Verfassungsorgane	538
Organe und Funktionen	538
Sitz der Bundesorgane	539
b) Parlament und Regierung	540
Regierung im parlamentarischen Regierungssystem	540
Kontroll- und Entscheidungsrechte des Parlaments	541
Staatsleitung und Regierung	543
Die Rolle der Opposition	543
c) Der Gemeinsame Ausschuß	544
Notstand – Stunde der Exekutive?	544
Strukturgedanke des Gemeinsamen Ausschusses	545
Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses	545
3. Der Bundestag	545
a) Wahl und Wahlperiode des Bundestages	545
Der Deutsche Bundestag in der Verfassungsordnung	545
Wahlperiode, Sitzungen	546
Grundsatz der Diskontinuität	547
Wahlprüfung	547
b) Abgeordneter und Fraktion	549
Das parlamentarische Mandat	549
Das freie Mandat	550
Rechte des Abgeordneten	552
Insbesondere die Immunität	554
Insbesondere die Indemnität	555
Die Abgeordnetenentschädigung („Diäten“)	555
Partei und Fraktion	557
c) Organisation des Bundestages	559
Präsident, Präsidium, Ältestenrat	559
Ausschüsse	559
Der Petitionsausschuß	560
Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union	560
Bundestagsverwaltung	562
Wissenschaftlicher Dienst	563
Enquete-Kommissionen	563
d) Parlamentsrecht und Geschäftsordnungsautonomie des Bundestages	563
Parlamentsrecht	563

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Verhandlungen und Beschlußfassung	564
Die Geschäftsordnung	565
Hausrecht und Polizeigewalt im Bundestag	565
Die Bannmeile	566
e) Die Rechte des Bundestages im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems	567
Zitierungs- und Interpellationsrecht	567
Enquêterecht	568
Die besonderen Rechte des Untersuchungsausschusses	571
Der Wehrbeauftragte	573
Das Parlamentarische Kontrollgremium	573
Bundestag und Richterwahl	574
f) Der Bundestag als Gesetzgeber	575
Initiativrecht	575
Beratung von Gesetzentwürfen im Plenum und in den Ausschüssen	575
Beschlußfassung über Gesetze	575
Mitwirkung des Bundestages bei Erlaß von Rechtsverordnungen	576
4. Der Bundesrat	576
a) Die föderative Kammer als Bundesorgan	576
Der Bundesrat	576
Senat oder Gesandtenkongreß?	577
Verfassungsgeschichte	578
Zusammensetzung des Bundesrates	578
Organisation und Geschäftsgang	579
Bundesrat und Länder	580
Besondere Befugnisse des Bundesrates	581
Bundesrat und Europäische Union	582
b) Die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes	584
Initiativrecht	584
Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	584
Verfassungsändernde Gesetze	584
c) Die Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes	585
Bundesaufsicht	585
Verwaltungsvorschriften	585
Rechtsverordnungen des Bundes	585
Besondere Rechte des Bundesrates	586
5. Der Bundespräsident	586
a) Das Staatsoberhaupt in der Republik	586
Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt	586
Reichspräsident und Bundespräsident	587
Verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten	588
Vertreter des Bundespräsidenten	589
Präsidentenanklage	589

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Die Wahl des Bundespräsidenten	590
Die Bundesversammlung	590
Bisherige Amtsinhaber	591
c) Bundespräsident und Bundeskanzler	591
Der Bundespräsident bei der Regierungsbildung	591
Information und Beratung	592
Die Gegenzeichnung	593
d) Die Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten	594
Selbständige Entscheidungsbefugnisse	594
Begnadigungsrecht	594
Ernennung und Entlassung von Beamten	595
Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen	595
Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	595
e) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich	597
Vertretungszuständigkeit im völkerrechtlichen Verkehr	597
Aktives und passives Gesandtschaftsrecht	597
Ratifikation von völkerrechtlichen Verträgen	597
6. Die Bundesregierung	598
a) Die Bundesregierung und ihre Organisation	598
Der Bundeskanzler und die Bundesregierung	598
Kanzlerprinzip und Ressortprinzip	599
Das Bundeskanzleramt	599
Die Geschäftsordnungen der Bundesregierung	600
b) Die Regierungsbildung	600
Die Wahl des Bundeskanzlers	600
Berufung und Ernennung von Bundesministern	601
Koalitionsabsprachen	601
c) Der Bundeskanzler und die Bundesminister	602
Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik	602
Organisationsgewalt des Bundeskanzlers	602
Personalpolitische Entscheidungsmacht des Bundeskanzlers	603
Die Bundesminister	603
Amtsstellung des Bundeskanzlers und der Bundesminister	604
Parlamentarische Staatssekretäre	604
d) Aufgaben und Rechte der Bundesregierung	605
Organisationsgewalt	605
Kollegiale Zuständigkeiten	605
Insbesondere das Recht der Gesetzesinitiative	606
e) Die Ministerialbürokratie	607
Die Ministerien	607
Der Aufbau der Ministerien	608
Die Mitwirkung der Ministerialbürokratie bei der Gesetzgebung	608
f) Parlamentarische Verantwortlichkeit	609
Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers und der Bundesminister	609

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Tadelisanträge	610
Mißtrauensvotum	610
Vertrauensfrage	611
 F. Gesetzgebung 	
1. Das Gesetz	623
a) Die Rechtsordnung	623
Rechtssetzung durch Normerlaß	623
Das Gesetz als parlamentarische Entscheidung	624
Garantiefunktion des Gesetzes	625
Die Rechtsquellen	625
b) Die gesetzgebende Gewalt	626
Gesetzgebung und Gewaltenteilung	626
Verfassungsrechtliche Bindungen der Gesetzgebung	627
Gesetzgebung in der Europäischen Union	628
„Maßnahme-Gesetz“	629
Politische Leitung und Planung durch Gesetz	630
Die Einschätzungs- und Beurteilungsprerogative des Gesetzgebers	630
c) Die Aufgabe des Gesetzgebers	631
Der Staatszweck und die Ziele der Gesetzgebung	631
„Normenflut“ – „Normenhunger“	631
Alle „wesentlichen“ Regelungen bedürfen des Gesetzes	632
Die politische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	634
2. Gesetz und Verordnung	634
a) Abgeleitete Rechtssetzung der Exekutive im Wege der Rechtsverordnung	634
Rechtsverordnung aufgrund Gesetzes	634
Kein selbständiges Ordnungsrecht der Exekutive	635
Rechtsverordnungen auf Grund bundesgesetzlicher Ermächtigung	636
Das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot	637
Bestimmtheitsgebot bei landesgesetzlichen Ermächtigungen	637
Reformüberlegungen	637
b) Verwaltungsvorschriften	638
Begriff und Erscheinungsformen	638
Zulässigkeitsvoraussetzungen	639
Quasinormative Außenwirkung	639
Die Ermessensdirektiven	640
„Normkonkretisierende“ Verwaltungsvorschriften	640
Gleichbehandlung und Vertrauensschutz	641
3. Gesetzgebung im Bundesstaat	642
a) Die Zuständigkeitsvoraussetzungen	642
Der Grundsatz	642

	Seite
Die „Materie“ der Gesetzgebung als Abgrenzungskriterium	642
Ausmaß und Gewicht der Bundesgesetzgebung	643
„Ungeschriebene“ Bundeszuständigkeiten	645
Bundesrecht bricht Landesrecht	646
b) Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	646
Grundgedanke	646
Wesentliche Materien	647
c) Die konkurrierende Gesetzgebung	647
Grundgedanke	647
Wesentliche Materien	648
Voraussetzungen der Bundesgesetzgebung	648
„Abschließende“ Regelung einer Materie durch Bundesgesetz	650
d) Rahmenvorschriften des Bundes	650
Grundgedanke	650
Wesentliche Materien	651
Abschaffung durch die Föderalismusreform I	652
4. Der Gang der Bundesgesetzgebung	653
a) Die Gesetzesinitiative	653
Das Initiativrecht	653
Insbesondere das Initiativrecht der Bundesregierung	653
Ausübung des Initiativrechts und Verfahren	653
b) Die Bundesgesetze werden durch den Bundestag beschlossen ..	654
Parlamentarische Behandlung einer Gesetzesvorlage	654
Die drei Beratungen einer Vorlage	655
Die Vorlage in den Bundestagsausschüssen	655
Die Beschlußfassung im Bundestag	655
„Berichtigungen“ eines Gesetzes	656
Verweisungen in einem Gesetz	656
c) Die Mitwirkung des Bundesrates	657
Sinn und Bedeutung der Stellung des Bundesrates im Gesetz-	
gebungsverfahren	657
Einspruchsgesetze	658
Zustimmungsgesetze	658
Das Vermittlungsverfahren	659
„Zustandekommen“ eines Bundesgesetzes	660
d) Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Bundesge-	
setzen	661
Ausfertigung durch den Bundespräsidenten	661
Verkündung im Bundesgesetzblatt	661
Das Bundesgesetzblatt (BGBl. I, II, III)	662
Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes	662
5. Die verfassungsändernde Gesetzgebung	663
a) Die verfassungsändernde Gewalt	663
Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	663
Verfassungswandel	663

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Das Verfahren der Verfassungsänderung	664
Initiativrecht und Behandlung der Vorlage	664
Mehrheitserfordernisse	665
Verbot von Verfassungsdurchbrechungen	665
c) Grenzen der Verfassungsänderung	666
Materielle Bindung der verfassungsändernden Gewalt durch das Verfassungsgesetz	666
Inhalt der Bindungsklausel	667
Justiziabilität der Bindungsklausel	667
Überschießende Bedeutung des Art. 79 Abs. 3 GG für die Ver- fassungsauslegung?	668

G. Vollziehung

1. Staatsaufgaben und Verwaltungszwecke	677
a) Das Gesetz bestimmt über die Auswahl und die Erledigung der Staatsaufgaben	677
Die parlamentarische Entscheidung über die Staatsaufgaben	677
Die vollziehende Gewalt	678
Verwaltungszwecke und Rechtsformen des Verwaltungshan- delns	678
b) Politische Planung	679
Planungsaufgaben	679
Planung in der gewaltenteilenden parlamentarischen Demokra- tie	680
Planung durch Gesetz	681
Planung aufgrund Gesetzes	682
c) Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	684
Der verfassungsrechtliche Grundsatz	684
Freiheit und Gebundenheit der Verwaltung	684
Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht	685
d) Verwaltung im Bundesstaat	687
Organisationsprinzip der Exekutive	687
Gesetzgebungskompetenz und Verwaltungskompetenz	687
Aufgabenverantwortung und Finanzierungslast	688
Verwaltungsaufbau in der früheren DDR	688
2. Verwaltung und Verwaltungsrecht	689
a) Die Verwaltung in der gewaltenteilenden Ordnung der Staats- funktionen	689
Der organisatorische Begriff: die Exekutive	689
Der funktionale Begriff: die öffentliche Verwaltung	689
Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts	690
Das Verwaltungshandeln	692
Die Verwaltungsgrundsätze	693
Das Verwaltungsverfahren	694

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Die Ausübung öffentlicher Verwaltung	695
Rechtsformen des Verwaltungshandelns	695
Verwaltungsprivatrecht	696
Privatrechtliche Betätigung der Exekutive	696
c) Die Organisationsgewalt	697
Behörde und Zuständigkeit	697
Der organisatorische Gesetzesvorbehalt	698
Selbständige Organisationsgewalt der Exekutive?	699
3. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Verwaltung	699
a) Grundsatz: Das Bundesrecht wird durch die Länder ausgeführt	699
Ausführung des Bundesrechts durch die Länder	699
Nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	700
Organisatorischer und materieller Gehalt der Kompetenznormen	700
Ungeschriebene Bundeszuständigkeiten	701
b) Die Trennung von Bundesverwaltung und Landesverwaltung ..	701
Die getrennten Verwaltungsräume	701
Das grundsätzliche Verbot einer „Mischverwaltung“	702
Die „Organleihe“	702
Katastrophen und Unglücksfälle, innerer Notstand	703
Verwaltungsabkommen	704
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	705
a) Landesvollzug von Bundesrecht unter Aufsicht des Bundes und im Auftrag des Bundes	705
Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus	705
b) Die Bundesaufsicht	705
Selbständige und unselbständige Bundesaufsicht	705
Die Mittel der Bundesaufsicht	706
Die Bundesaufsicht als Rechtsaufsicht	706
Verfahrensweise bei der Ausübung der Bundesaufsicht	707
Die Bund-Länder-Streitigkeit aus Anlaß der Bundesaufsicht	707
c) Bundesauftragsverwaltung	707
Fachaufsicht und Weisungsrecht des Bundes	707
Verfahrensweise bei der Ausübung des Weisungsrechts	708
Umfang und Grenzen des Weisungsrechts	708
Gegenstände der Bundesauftragsverwaltung	709
Bundesstraßen des Fernverkehrs	710
Ausführung des Kernenergierechts	710
d) Zustimmungsbefürftige Bundesgesetze über die Einrichtung der Behörden und das Verwaltungsverfahren	711
Der die Zustimmungsbefürftigkeit auslösende Tatbestand	711
Reichweite des Zustimmungsvorbehalts	712

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Änderung von Zustimmungsgesetzen	712
Die kommunalen Gebietskörperschaften und die Ausführung der Bundesgesetze	713
e) Der Vollzug des Landesrechts	713
Ausübung der staatlichen Befugnisse und Erfüllung der staat- lichen Aufgaben durch die Länder	713
Verwaltungsorganisation in den Ländern	713
Der Bund darf Landesrecht nicht vollziehen, muß es aber an- wenden	714
5. Die Bundesverwaltung	714
a) Obligatorische und fakultative Bundesverwaltung	714
Bundesverwaltung kraft Verfassung	714
Bundesverwaltung kraft Gesetzes	715
b) Die Organisationsgewalt im Bereich der Bundesverwaltung	715
Die Zuständigkeit der Bundesregierung und der Ressortminis- ter	715
Allgemeine Verwaltungsvorschriften	716
Einrichtung der Behörden	716
„Ministerialfreie“ Verwaltung	716
c) Bundeseigene Verwaltung	717
Die Kompetenzzuweisung	717
Der Auswärtige Dienst	718
Eisenbahnverkehrsverwaltung	718
Post und Telekommunikation	721
Ausführung des Luftverkehrsrechts	725
Bundeswasserstraßen	727
d) Zentralstellen des Bundes	729
Die Kompetenzzuweisung	729
Das Bundeskriminalamt	729
Der Verfassungsschutz	730
e) Die Bundespolizei, Grenzschutz	731
Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz des Bundes	731
Grenzschutz als Aufgabe der Bundespolizei	733
Grenzschutzbehörden und Zollbehörden	733
f) Selbständige Bundesoberbehörden	734
Die Kompetenzzuweisung	734
Organisatorische Gestaltung	734
Bisherige Praxis	734
g) Bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffent- lichen Rechts	735
Die Kompetenzzuweisung	735
Die sozialen Versicherungsträger	736
Die Bundesbank	736
6. Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	738
a) Der Verteidigungsauftrag	738
Die Bundeswehr: Streitkräfte zur Verteidigung	738

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Wehrpflicht	740
Annexaufgaben der Streitkräfte im Verteidigungsfall und im Spannungsfall	741
Bundeswehr und NATO	741
Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und im Auftrag der Vereinten Nationen	742
Gesetzgebung über die Streitkräfte	744
b) Führung und Organisation der Streitkräfte	745
Der Bundesminister für Verteidigung	745
Befehls- und Kommandogewalt	746
Vorbehalt des Haushaltsgesetzes	746
Spitzengliederung der Bundeswehr	746
c) Die Bundeswehrverwaltung	747
Organisation und Aufgabe	747
Wehrersatzwesen	747
Schutz der Zivilbevölkerung	747
d) Einsatz der Streitkräfte im Innern	747
Katastrophenfall und Notstandsfall	747
Einsatz der Bundeswehr im Notstandsfall	750
7. Die Gemeinschaftsaufgaben	751
a) Der kooperative Föderalismus	751
Grundgedanke	751
Ausgestaltung in der Verfassung	751
Bildungsplanung und überregionale Forschungsaufgaben	753
b) Die Bundesgesetze über die Gemeinschaftsaufgaben	753
Die Ausführungsgesetze	753
Durch Gesetz aufgestellte allgemeine Grundsätze für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben	754
Koordination	754
Die Finanzierung	755
Bereitstellung der Mittel	755

H. Rechtsprechung

1. Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut	762
a) Rechtsprechung	762
Die „Dritte Gewalt“	762
Rechtsprechung im formellen und im materiellen Sinn	763
Gerichtliche Streitentscheidung	763
b) Gericht	764
Organisation der rechtsprechenden Gewalt	764
Die Rechtsprechung ist staatlichen Gerichten vorbehalten	764
Gerichtszweige, Rechtswege	765
Schiedsgerichtsbarkeit	765
c) Richter	766
Rechtsstellung	766

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Deutsches Richtergesetz und Landesrichtergesetz	767
Richtervwahl	767
Die Unabhängigkeit der Richter	768
2. Die rechtsprechende Gewalt wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt	769
a) Justizhoheit im Bundesstaat	769
Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	769
Die Verteilung der Rechtsprechungsaufgaben	770
Gerichte des Bundes und Gerichte der Länder	770
Die Gerichte in den neuen Bundesländern	771
b) Die obersten Gerichtshöfe des Bundes	771
Gerichtsbarkkeiten	771
Der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	772
Wahrung der Rechtseinheit	773
Berufung der Richter	773
3. Die Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens	773
a) Der Vorbehalt gerichtlicher Entscheidung	773
Streiterledigung durch Rechtsprechung	773
Strafsanktion durch Gericht	773
Freiheitsentziehung (Habeas Corpus)	774
Rechtsschutz	775
b) Der gesetzliche Richter	776
Das Grundrecht	776
Verbot von Ausnahmegerichten	777
c) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	777
Das Grundrecht	777
Die gebotene Gewährung des rechtlichen Gehörs	778
d) Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt	781
Das Grundrecht	781
Die verwaltungsgerichtliche Generalklausel	783
e) Die freie Advokatur	784
Rechtsberatung und Rechtsanwalt	784
Prozeßvertretung, Rechtsdienstleistungen	787
Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsrecht des Rechtsanwalts in Europa	788
4. Rechtsprechung und Rechtsgang	789
a) Streiterledigung durch gerichtliche Entscheidung	789
Der Prozeß	789
Prozeßrecht und Verfassung	790
Das rechtsstaatliche Gebot eines „fairen Verfahrens“	791
Streitentscheidung in angemessener Frist	792
b) Grenzen der Strafgewalt	793
Strafzwecke	793
Das Schuldprinzip	794

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Keine Strafe ohne Gesetz	794
Ne bis in idem	796
Die Todesstrafe ist abgeschafft	796
Der Strafprozeß	797
Die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege	797
Das Verwaltungsunrecht	798
5. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	798
a) Das Bundesverfassungsgericht	798
Die Zusammensetzung des Gerichts	798
Die Berufung der Richter	799
Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz	800
Die Organisation des Gerichts	800
Die Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts	801
b) Die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts	801
Zuständigkeitszuweisung durch Verfassung und durch Ge- setz	801
Staatsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit	802
Die Bund-Länder-Streitigkeit	803
Die Organstreitigkeit	803
Die Normenkontrolle	804
Die Verfassungsbeschwerde	806
Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof	810
c) Verfassungsprozeßrecht	812
Anrufung des Gerichts	812
Verfahrensgrundsätze	813
Die Entscheidung	814
Entscheidung in Normenkontrollsachen	814
Wirkung der Entscheidung	815
Vollstreckung	817
Die einstweilige Anordnung	817
d) Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	818
Landesverfassungsgerichte	818
Maßstabsbeschränktheit der Landesverfassungsgerichte	819
Das Bundesverfassungsgericht als Landesverfassungsgericht	820
e) Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	820
Bundesverfassungsgericht – Gericht und Verfassungsorgan	820
Politische Gestaltung und richterliche Streitentscheidung	821
Funktionelle Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	822
Der „Hüter der Verfassung“	822

I. Finanzwesen und Hauswirtschaft

1. Staatsaufgaben und Staatsfinanzen	835
Der staatliche Finanzbedarf	835
Finanzhoheit des Staates	836

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die öffentliche Hand	837
Geschichtlicher Rückblick	837
Der „Steuerstaat“	838
2. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand	838
a) Die öffentlichen Abgaben	838
Steuern, Gebühren, Beiträge	838
Sonderabgaben	840
Europäische Union	842
b) Steuern und Steuerpolitik	843
Begriff der Steuer	843
Kriterien des Steuerzuges	844
Steuerarten	845
„Nebenzwecke“ der Besteuerung	846
Gesetzmäßigkeit der Besteuerung	847
Lastengleichheit	847
Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	848
„Steuergerechtigkeit“	849
Doppelbesteuerungsabkommen	849
c) Die bundesstaatliche Finanzverfassung	850
Finanzwesen und Finanzverfassung	850
Getrennte Finanz- und Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern	850
Grundlinie der Kompetenzordnung	851
d) Verfassungsrechtliche Grenzen der Besteuerung	852
Rechtsstaatliche Grundsätze	852
„Rückwirkende“ Besteuerung	853
Schutz durch die Grundrechte?	854
Insbesondere der Gleichheitssatz	855
Insbesondere die Eigentumsgarantie	857
e) Parlamentarisches Budgetrecht und Haushaltswirtschaft	858
Das parlamentarische Budgetrecht	858
Ausgestaltung im Grundgesetz	859
Haushaltswirtschaft	860
Haushaltsrecht	861
Ausgaben der öffentlichen Hand	862
Haushaltspolitik und Sachentscheidung	862
Die Zuschüsse zur Sozialversicherung	863
f) Staatsschulden	864
Verfassungsrechtliche Regelungen	864
Geschichtliche Grundlage und Entstehungsgeschichte	866
Insbesondere die Kreditaufnahme	866
Grenzen des Staatskredits	866
Übernahme von Gewährleistungen	869
Sondervermögen	869
Bundesschuldenverwaltung	870
Praxis der Staatsschulden	871

	Seite
3. Die Finanzverfassung	872
a) Entwicklung der verfassungsrechtlichen Ordnung des Finanzwesens	872
Finanzwesen im Bundesstaat	872
Verfassungsgeschichte	873
Behandlung des Finanzwesens im Parlamentarischen Rat	874
Finanzreform 1967/69	874
Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern ..	875
b) Gesetzgebungszuständigkeiten	877
Steuergesetzgebung des Bundes	877
Steuergesetzgebung der Länder	877
Die Zölle	878
Die Finanzmonopole	878
c) Ertragshoheit des Bundes und der Länder	879
Grundsätze der Verteilung des Steueraufkommens	879
Gemeinschaftsteuern (Steuerverbund)	880
Insbesondere die Umsatzsteuer im Steuerverbund	880
Die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“	881
d) Der Finanzausgleich	882
Ausgangspunkt: Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen ...	882
Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder	883
Gesetzliche Ausgestaltung	885
Finanzausstattung der neuen Bundesländer	886
e) Die Gemeinden	887
Die Gemeinden gehören zur Verwaltungsgliederung der Länder	887
Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung	888
Kommunalabgaben	889
Realsteuergarantie	889
Anteil am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern	890
Landesrecht	890
Die Gemeindeverbände	891
f) Finanzverwaltung	892
Grundsatz	892
Bundesfinanzverwaltung	892
Landesfinanzverwaltungen	893
Verwaltung von Bundessteuern	893
Die Abgabenordnung	893
Die Gemeinden in der Ordnung der Finanzverwaltung	894
Die Finanzgerichtsbarkeit	894
g) Fondswirtschaft	895
Begriff und Erscheinungsformen	895
Geldleistungen des Bundes	896
Finanzhilfen des Bundes	896
Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben	897
Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern	897

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft	898
a) Finanzwesen und Wirtschaft	898
Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Steuerpolitik	898
Auswirkungen der Finanzpolitik auf die Wirtschaft	899
Subventionen und Steuervergünstigungen	899
Das gemeinschaftsrechtliche Beihilfeverbot	901
Kreditpolitik	903
Währungspolitik	903
Die europäische Währungsunion	906
Konjunkturpolitik	908
b) Finanzpolitik im Bundesstaat	909
Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig	909
Die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	910
Grundsatzgesetzgebung über Haushalt und Finanzplan	911
c) Haushaltswirtschaft und Haushaltsrecht	911
Das parlamentarische Budgetrecht	911
Die Haushalte der öffentlichen Hand	911
Das Haushaltsgrundsatzgesetz	912
Bundeshaushaltsordnung und Landeshaushaltsordnungen	912
Der Haushaltsplan	913
Das Haushaltsgesetz	914
Ausgabenerhöhungen nur mit Zustimmung der Bundesregierung	915
Die rechtliche Bedeutung der Mittelzuweisungen	915
Haushaltsgrundsätze	915
Ausführung des Haushaltsplans und Bewirtschaftung der Mittel	917
Der Haushaltsausschuß des Bundestages	917
Haushaltsüberschreitungen	918
Haushaltswirtschaft ohne Haushaltsgesetz	918
Die ökonomische Budgetfunktion	918
Das Stabilitätsgesetz	919
Die mehrjährige Finanzplanung	920
Praxis	921
d) Die öffentlichen Unternehmen	921
Unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand	921
Rechtsformen	923
Haushaltsrechtliche Grundsätze und Grenzen	925
Verfassungsrechtliche Schranken	925
Gemeinschaftsrechtliche Bindungen	926
Privatisierung	929
Die Treuhandanstalt	932
e) Öffentliche Aufträge	933
Bedeutung und Praxis	933
Haushaltsrecht, Wettbewerbsrecht	934

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Struktur-, konjunktur- und sozialpolitische „Nebenzwecke“ ...	937
Verfassungsrechtliche Bindungen	938
f) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	939
Parlamentarische Verantwortlichkeit der Exekutive	939
Rechnungslegung	940
Rechnungsprüfung	940
Der Bundesrechnungshof	941
Entlastung der Bundesregierung	942

K. Verteidigungsfall

1. Krieg und Frieden	946
Verfassungspolitische Fragestellung	946
Entstehungsgeschichte der geltenden Regelung	948
Verbot des Angriffskrieges	948
Kollektive Sicherheit	949
Verteidigungsfall	949
Vor einem möglichen Verteidigungsfall	949
Krieg	950
Beendigung des Verteidigungsfalls	950
Friedensschluß	951
2. Die Staatsorgane im Verteidigungsfall	951
Das parlamentarische Regierungssystem	951
Der Bundesstaat	951
Bundestag und Bundesrat	952
Der Gemeinsame Ausschuß	952
Die Bundesregierung	952
3. Die Ausübung der Staatsgewalt	953
Gewaltenteilung	953
Gesetzgebung	953
Besondere Befugnisse der Bundesregierung	954
Befehls- und Kommandogewalt	954
Die Streitkräfte	955
Grundrechte	955
Insbesondere Dienstverpflichtung	955
Verfassungsgerichtsbarkeit	956

L. Übergangs- und Schlußbestimmungen

1. Bedeutung und Inhalt des XI. Abschnitts	968
Zustandekommen und Inkrafttreten der Verfassung	968
Übergangsregelungen	968
Besondere Schlußbestimmungen	969
Art. 146 a. F. und Art. 146 n. F. GG	970

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Kriegsfolgen und Nachkriegszeit	971
a) Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	971
Besatzungszeit	971
Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	973
Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	973
b) Rechte und Vermögen des Reiches	973
Rechtsnachfolge	973
Vermögensnachfolge	974
Das ehemalige Land Preußen	975
Rechtsübergang für das öffentliche Vermögen der früheren DDR	976
c) Fortgeltung alten Rechts	976
Fortgeltung von Rechtsvorschriften	976
Fortgeltung als Bundesrecht oder als Landesrecht	977
Fortgeltung von Ermächtigungen	978
Staatsverträge des Deutschen Reiches	979
Fortgeltung des Rechts der DDR	979
d) Kriegsfolgen	980
Kriegsfolgelasten	980
Flüchtlinge und Vertriebene	980
Kriegsgefangene	981
Wiedergutmachung, Rückerstattung	981
Entnazifizierung	983
Öffentlicher Dienst	983
Lastenausgleich	984
e) Herstellung der Einheit Deutschlands	985
Verbindlichkeiten (Art. 135 a Abs. 2 GG)	985
Abweichungen von Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 143 Abs. 1 und 2 GG)	985
Regelung von Vermögensfragen (Art. 41 EinV in Verb. mit Art. 143 Abs. 3 GG)	986
Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungs- hoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949)	989
3. Die Staatsangehörigkeit	991
Der Status der Staatsangehörigkeit	991
Völkerrechtliche Bindungen	992
Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, seit dem 1. Jan. 2000	
Staatsangehörigkeitsgesetz	993
Die deutsche Staatsangehörigkeit	994
Verfassungsrechtliche Gewährleistung	994
Verbot der Auslieferung	995
Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	996
Deutscher Staatsangehöriger und Deutscher	997
Staatsangehörigkeitsrechtliche Besonderheiten aus der Zeit des Dritten Reiches	998
Die Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern	999

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Deutsche Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft der DDR	1000
Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	1001
4. Das Staatskirchenrecht	1003
a) Grundlagen	1003
Kirchenrecht und Staatskirchenrecht	1003
Staat und Kirche	1004
Verfassungsrechtliche Ordnung der Rechtsbeziehungen	1006
Konkordate und Kirchenverträge	1007
Es besteht keine Staatskirche	1008
Religionsfreiheit	1009
Art. 140 GG	1011
Zuständigkeiten des Bundes und der Länder	1012
Schutz der Sonn- und Feiertage	1013
b) Kirchen und Religionsgesellschaften	1015
Vereinigungsfreiheit	1015
Körperschaften des öffentlichen Rechts	1016
Garantie der Vermögensrechte	1018
Staatsleistungen	1019
Kirchensteuer	1019
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft in einer Religionsgesellschaft	1020
c) Autonomie der Religionsgesellschaften	1020
Die Gewährleistung durch die Verfassung	1020
Selbständige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten	1021
Die Schranken des für alle geltenden Gesetzes	1023
Kirchengewalt und Grundrechte	1025
Arbeitsrecht im kirchlichen Dienst	1026
Reichweite der staatlichen Gerichtsbarkeit	1027
Religionsunterricht	1029
Kirchliche Ämter	1032
Theologische Fakultäten und kirchliche Hochschulen	1032
Die Landeskirchen	1034
Der Heilige Stuhl und die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland	1034
Anhang: Änderungstabelle zum Grundgesetz	1037
Stichwortverzeichnis	1043